



Aufstieg ist möglich

Verteilung. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird nach Meinung vieler Bundesbürger immer größer. Tatsächlich aber ist das allgemeine Wohlstandsniveau seit der Wiedervereinigung deutlich gestiegen und insbesondere aus der untersten Einkommensgruppe schaffen es mehr Menschen als früher, in eine höhere Gruppe aufzusteigen. Der Aufschwung hat die meisten Menschen in Deutschland erreicht, sagt Maximilian Stockhausen, Co-Autor einer neuen IW-Studie über die deutsche Einkommens- und Vermögensverteilung, in seinem Kommentar für den iwd.

—> [Seiten 2-5](#)

Wettbewerbsfähigkeit

Die Lohnstückkosten der deutschen Industrie sind meist höher als die der ausländischen Konkurrenz. Zudem war der Kostenanstieg 2019 besonders stark.

—> [Seiten 10-11](#)

Messen

Wegen des Coronavirus fallen immer mehr Messen in Deutschland aus. Dies wird der regionalen Wirtschaft an den Messestandorten erheblichen Schaden zufügen.

—> [Seiten 14-15](#)

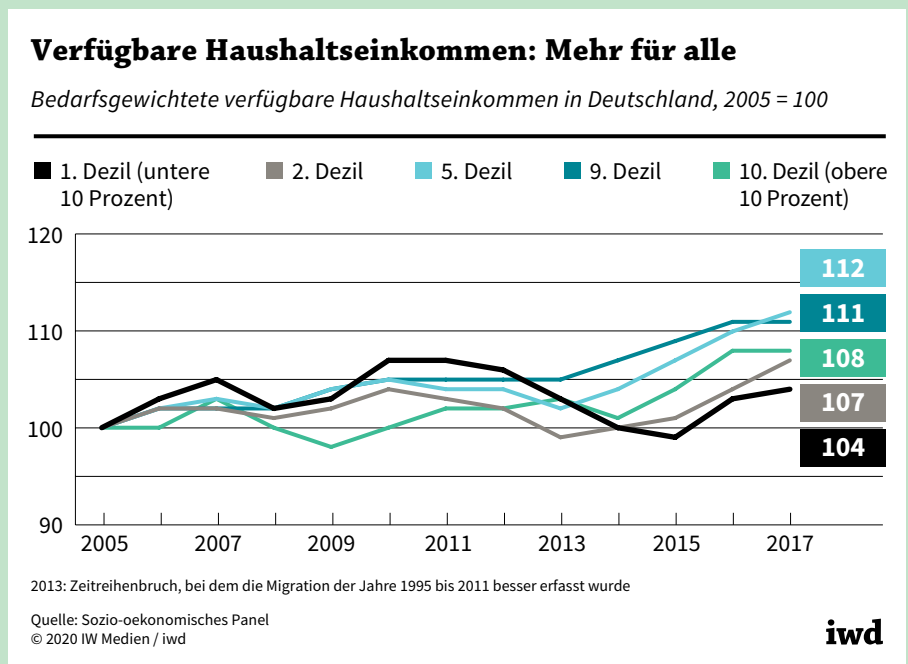
Mehr Wohlstand für alle

Verteilung. In Deutschland hält sich hartnäckig das Vorurteil, die Einkommen seien nicht nur ungleich verteilt, sondern die Diskrepanz werde auch immer größer. Eine neue IW-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass es in der Bundesrepublik – wie in jeder Gesellschaft – zwar durchaus Probleme gibt, das allgemeine Wohlstandsniveau aber gestiegen und die Verteilung von Einkommen und Vermögen stabil ist. Zudem gelingt mehr Bundesbürgern der untersten Einkommensgruppe der Aufstieg.

Ein Rückblick auf die vergangenen 30 Jahre zeigt den permanenten Wandel, dem die deutsche Gesellschaft unterworfen war und ist. Die Wiedervereinigung, die zunehmende Globalisierung und Digitalisierung, die schwere Wirtschaftskrise 2009, der demografische Wandel und die Flüchtlingsmigration um 2015 sind Beispiele dafür – und jedes einzelne davon hat einen mehr oder weniger großen Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen, letztlich also auch auf das Einkommen jedes Einzelnen.

• **Die Markteinkommen der Haushalte**, also im Wesentlichen die Einkommen aus abhängiger oder selbstständiger Arbeit, aus Kapitalerträgen sowie aus Vermietung und Verpachtung, sind – unter Einberechnung der Inflation – von rund 24.100 Euro im Jahr 1991 auf durchschnittlich 28.600 Euro im Jahr 2017 gestiegen, also real um 19 Prozent. Diese Einkommen sind bedarfsgewichtet, es wird also zum Beispiel berücksichtigt, dass Kinder tendenziell weniger Geld zur Deckung ihrer Bedürfnisse brauchen als Erwachsene.

In Ostdeutschland liegt das durchschnittliche Markteinkommen



allerdings mit 22.145 Euro auch 30 Jahre nach der Wende noch immer deutlich unter dem westdeutschen Niveau von 29.955 Euro.

Auch der Gini-Koeffizient, ein Maß für die Erfassung der Einkommensungleichheit, zeigt die unterschiedliche regionale Entwicklung in Deutschland. Ein Koeffizient von 0 bedeutet, dass alle Personen das

gleiche Einkommen erhalten, ein Wert von 1 bedeutet dagegen, dass eine Person das gesamte Einkommen auf sich vereint und alle anderen nichts bekommen.

Für Gesamtdeutschland ist der Gini-Koeffizient von 0,41 im Jahr 1991 auf 0,48 im Jahr 2017 gestiegen, wobei diese Verschlechterung im Wesentlichen in den 1990er und den

frühen 2000er Jahren passierte – seit 2005 ist der Koeffizient im Großen und Ganzen konstant.

Während sich der westdeutsche Gini-Koeffizient parallel zum gesamtdeutschen Wert entwickelt hat, fällt der ostdeutsche Verlauf markanter aus: Kurz nach der Wende waren die Markteinkommen in Ostdeutschland noch gleichmäßiger verteilt als die in Westdeutschland – der Gini-Koeffizient betrug 0,37 Punkte, im Westen waren es 0,41 Punkte.

Aufgrund der großen gesellschaftlichen Veränderungen ist der ostdeutsche Gini-Koeffizient dann bis zum Jahr 2005 auf 0,55 Punkte – also um fast die Hälfte – gestiegen und lag auch 2017 mit 0,5 Punkten noch über dem westdeutschen Wert von 0,47.

• **Die verfügbaren Haushaltseinkommen** ergeben sich aus den Markteinkommen einschließlich öffentlicher Transfers wie Renten sowie den geschätzten geldwerten Vorteilen aus selbst genutztem Wohnraum, abzüglich der zu zahlenden Steuern und Sozialabgaben. Diese Haushaltseinkommen geben an, wie viel Geld den Menschen tatsächlich zur Verfügung steht. Deutschlandweit ist das bedarfsgewichtete und inflationsbereinigte Haushaltsnetto von 1991 bis 2017 um rund 20 Prozent gestiegen.

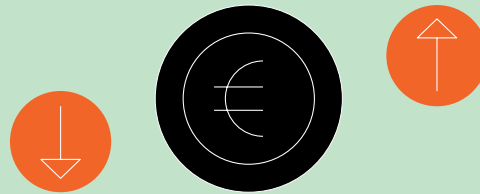
Teilt man die Haushalte in zehn gleich große Einkommensgruppen und schaut sich an, wie sich die durchschnittlichen Einkommen seit dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 entwickelt haben, dann zeigt sich (Grafik Seite 2):

Von 2005 bis 2017 hat sich das fünfte Dezil, die mittlere Einkommensgruppe, mit einem Plus von 12 Prozent am besten entwickelt – die obersten 10 Prozent, die Einkommensstärksten, kamen auf ein Plus von 8 Prozent.

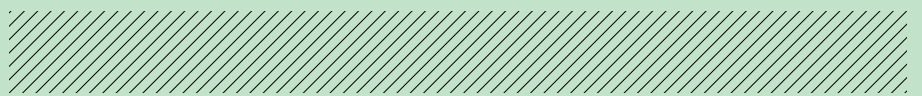
Obwohl der Zuwachs an verfügbarem Haushaltseinkommen in den

Jahren 1991 bis 2017 mit 29 Prozent in Ostdeutschland wesentlich dynamischer ausgefallen ist als im Westen (18 Prozent), gibt es beim Niveau nach wie vor große Unterschiede: In Westdeutschland betrug das verfügbare Haushaltseinkommen 2017 rund 26.700 Euro, in Ostdeutschland waren es 21.600 Euro.

gegeben hat, beispielsweise um die Migration besser zu erfassen – und Menschen mit einem Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich oft im Bereich der Niedrigeinkommen zu finden, haben also weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettoeinkommens zur Verfügung. Nicht zuletzt deshalb ist die Quote derer, die unterhalb dieser



In der **untersten Einkommensgruppe** ist die **Einkommensmobilität** seit der **Wiedervereinigung tendenziell gestiegen – in allen anderen Gruppen hat sie abgenommen**



Andererseits ist festzustellen, dass die Wohlstandszuwächse in jüngster Zeit auf beiden Seiten wieder ähnlich verlaufen. Von 2014 bis 2017 sind die Einkommen in Ostdeutschland im Schnitt um rund 7,5 Prozent per annum gestiegen, in Westdeutschland betrug der jährliche Anstieg 6,3 Prozent.

Beim langfristigen Verlauf der verfügbaren Einkommen ist jedoch zu berücksichtigen, dass es immer wieder Änderungen der Daten

Grenze liegen, in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Hatten im Jahr 1991 nur rund 11 Prozent der Menschen in Deutschland ein niedriges Einkommen, waren es 2015 bereits mehr als 16 Prozent – seitdem verharrt die Quote weitgehend auf diesem Niveau.

Bei den Niedrigeinkommensquoten gibt es nicht nur große Unterschiede zwischen den Menschen mit

und ohne Migrationshintergrund, sondern auch zwischen Ost- und Westdeutschland. So liegt die Quote in den ostdeutschen Ländern seit der Vereinigung ununterbrochen über der im Westen. Zwar hat es nach der Wende eine gewisse Annäherung gegeben, die aber kam spätestens 2002 zum Stillstand – und bis 2005 sind die Unterschiede sogar wieder größer geworden. Seitdem haben sich die Niedrigeinkommensquoten ähnlich entwickelt, sodass die Niveauunterschiede nach wie vor groß sind:

Im Jahr 2017 mussten 22 Prozent der Menschen in Ostdeutschland mit weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens zurechtkommen – in Westdeutschland waren es 15 Prozent.

Diese Kluft schmilzt allerdings, wenn die unterschiedlichen Preisniveaus in Ost und West berücksichtigt werden.

All diese Zahlen sagen jedoch nichts darüber aus, ob sich einzelne Personen im Laufe der Zeit finanziell verbessern konnten, ob die deutsche Gesellschaft also durchlässig ist.

• **Die Einkommensmobilität** misst, ob die materiellen Aufstiegschancen in Deutschland gewahrt sind oder nicht. Dazu wird untersucht, ob jemand, der in einem bestimmten Jahr in einer bestimmten Einkommensgruppe war, ein paar Jahre später immer noch in dieser Gruppe verharret oder auf- beziehungsweise abgestiegen ist. Ein Vergleich der beiden Zeiträume 1991 bis 1999 und 2009 bis 2017 zeigt (Grafik):

In der untersten von fünf Einkommensgruppen ist die Einkommensmobilität seit der Wiedervereinigung tendenziell gestiegen – in allen anderen Gruppen hat sie abgenommen.

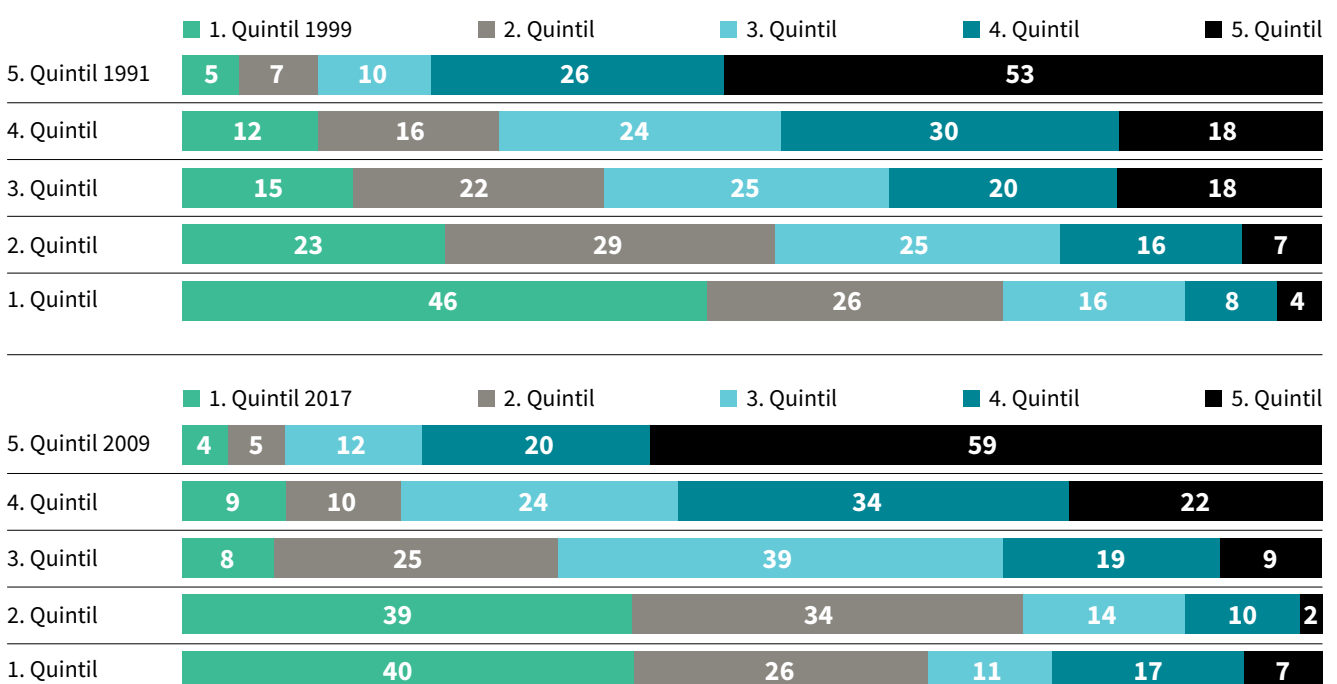
So hatten im Jahr 1999 rund 54 Prozent derjenigen, die 1991 in der untersten Einkommensgruppe waren, den Aufstieg in eine höhere Gruppe geschafft – von 2009 bis 2017 gelang dies schon 60 Prozent der Bürger aus dem untersten Einkommensquintil.

IW-Report 8/2020

Maximilian Stockhausen, Mariano Calderón: IW-Verteilungsreport 2020
iwkoeln.de/verteilungsreport

Einkommensmobilität: Die Jahre nach der Wende – und heute

Lesebeispiel: 46 Prozent der Bundesbürger, die 1991 mit ihrem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen zu den unteren 20 Prozent (1. Quintil) gehörten, waren auch 1999 noch in dieser Gruppe – die übrigen 54 Prozent sind in eine höhere Einkommensgruppe aufgestiegen.



Quelle: Sozio-oekonomisches Panel
 © 2020 IW Medien / iwd

Kommentar. Die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland erweist sich als recht stabil. In den vergangenen Jahren konnten sogar breite Bevölkerungsschichten einen Wohlstandszuwachs verzeichnen, weiß IW-Verteilungsexperte **Maximilian Stockhausen**.



Foto: IW Medien

„Der Aufschwung hat die meisten Menschen erreicht“

In der öffentlichen Diskussion ist oft zu hören, die Einkommen und Vermögen seien in Deutschland immer ungleicher verteilt. Regelmäßig wird von einer alarmierend hohen Ungleichheit berichtet. Es entsteht der Eindruck, als stünde Deutschland kurz vor dem sozialen Abgrund. Dabei werden kleinste Erhöhungen von Ungleichheitsmaßen als Beleg dafür verwendet, dass die Gesellschaft unaufhaltsam auseinanderdrifte. Daten- und Schätzunsicherheiten werden ausgeblendet und der Hinweis darauf als Versuch der Relativierung abgetan.

Doch ein Blick auf die aktuellen Zahlen zeigt, dass das Bild einer ungebremst zunehmenden Ungleichheit nicht stimmt. Trotz der gewachsenen Herausforderungen durch Globalisierung, Digitalisierung oder demografischen Wandel ist es Deutschland mit seiner Sozialen Marktwirtschaft und umverteilenden Sicherungssystemen gelungen, Wohlstandszuwächse für breite Bevölkerungsschichten zu generie-

ren und diese – insbesondere in den vergangenen Jahren – in die Mitte, aber auch an den unteren Rand zu tragen. Ein zunehmendes Auseinanderdriften der Markteinkommen wie auch der verfügbaren Haushaltseinkommen ist seit über einer Dekade auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels nicht zu erkennen. Richtig ist aber, dass das heutige Niveau der Ungleichheit höher liegt als in den 1990er Jahren.

Im internationalen Vergleich zeichnet sich Deutschland trotzdem immer noch als vergleichsweise egalitäres Land aus, das viel umverteilt und für viele Menschen Aufstiegsmöglichkeiten im Lebensverlauf, aber auch zwischen den Generationen eröffnet. Ähnliches gilt für die Vermögensverteilung, die sich seit Mitte der 2000er Jahre als bemerkenswert stabil erweist. Auch die Lohnungleichheit ist nicht gestiegen, sondern zurückgegangen, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung jüngst zeigte.

Die Daten spiegeln nun endlich das wider, was viele schon lange

erwartet haben: Der Aufschwung der vergangenen Jahre ist bei den meisten Menschen angekommen. Das soll gleichzeitig nicht darüber hinwegtäuschen, dass Erwerbslose, Alleinerziehende oder Menschen mit einem Migrationshintergrund auch heute noch zu oft in angespannten finanziellen Lagen leben. Auch die durchschnittlichen Einkommen in Ostdeutschland liegen trotz bemerkenswerter Zuwächse weiterhin unterhalb des Westniveaus – auch wenn manche Preise, insbesondere die für das Wohnen, im Osten noch günstiger sind.

Es ist an der Zeit, die positiven Entwicklungen in Deutschland verstärkt zur Kenntnis zu nehmen und nicht von unaufhaltsam steigenden Ungleichheiten zu sprechen. Denn das kann dazu beitragen, Menschen unnötig zu verunsichern, und das Vertrauen in das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft, die den Deutschen in Ost und West ungekannten Wohlstand und soziale Sicherheit gebracht hat, erodieren zu lassen.

Mit Mode wird online das meiste Geld verdient

Die fünf größten Umsatztreiber im Online-Handel in Milliarden Euro im Jahr 2018



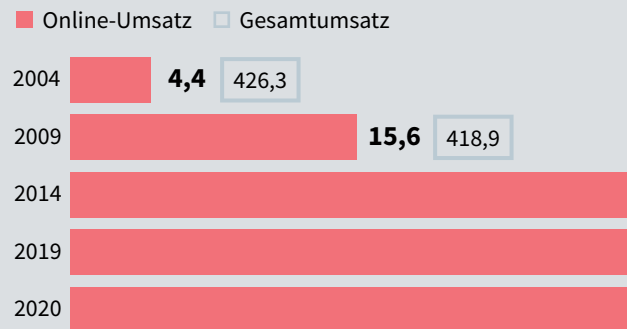
Lebensmittel und Körperpflege: einschließlich anderer Produkte, die als „Fast Moving Consumer Goods“ bezeichnet werden – zum Beispiel Getränke und Reinigungsmittel

Einkaufsboom und Päckchenflut

Online-Handel. Eine größere Produktvielfalt, günstige Preise, eine deutliche Zeitersparnis und eine gänzliche Unabhängigkeit von Öffnungszeiten – all das macht Online-Shopping attraktiv. Diese Vorzüge sorgen seit Jahren dafür, dass ein immer größer werdender Anteil des Einzelhandelsumsatzes an den Online-Handel geht. Im Jahr 2019 betrug der Online-Umsatz rund 58 Milliarden Euro – gut 44-mal so viel wie im Jahr 2000. Und der Umsatz wird laut Handelsverband Deutschland auch 2020 zulegen: auf schätzungsweise 63 Milliarden Euro. Der Großteil davon entfällt auf die Warengruppen Mode und Unterhaltungselektronik. Aus diesem Grund ist es wenig verwunderlich, dass der Marktgigant Amazon die Online-Shops anführt, gefolgt von den Handelskonzernen OTTO und Zalando. Der Einkaufsboom im Internet führt in Deutschland allerdings auch zu einer immer größeren Päckchenflut – die Zahl der Paketsendungen hat sich im Laufe der vergangenen 20 Jahren mehr als verdoppelt. Dies stellt vor allem die Logistik vor enorme Herausforderungen – bislang ist sie der Flaschenhals des Online-Handels.

Online-Shopping wächst

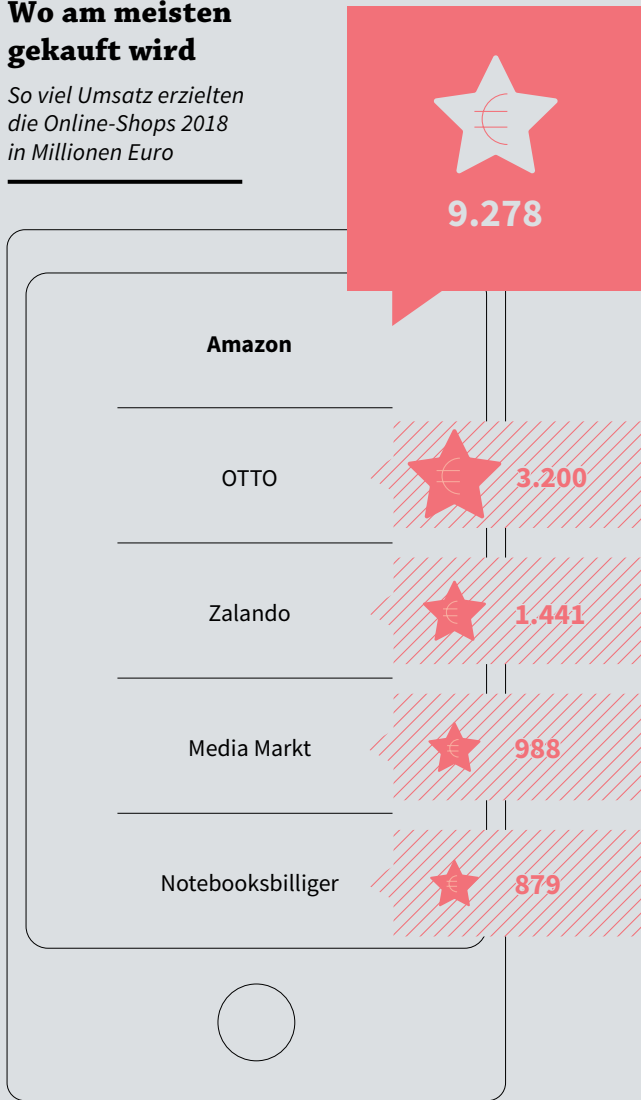
Umsatz des deutschen Einzelhandels in Milliarden Euro



Ohne Umsatzsteuer; ohne Umsatz aus Apotheken, Kfz-, Brennstoff- und Kraftstoffhandel; 2020: Schätzung

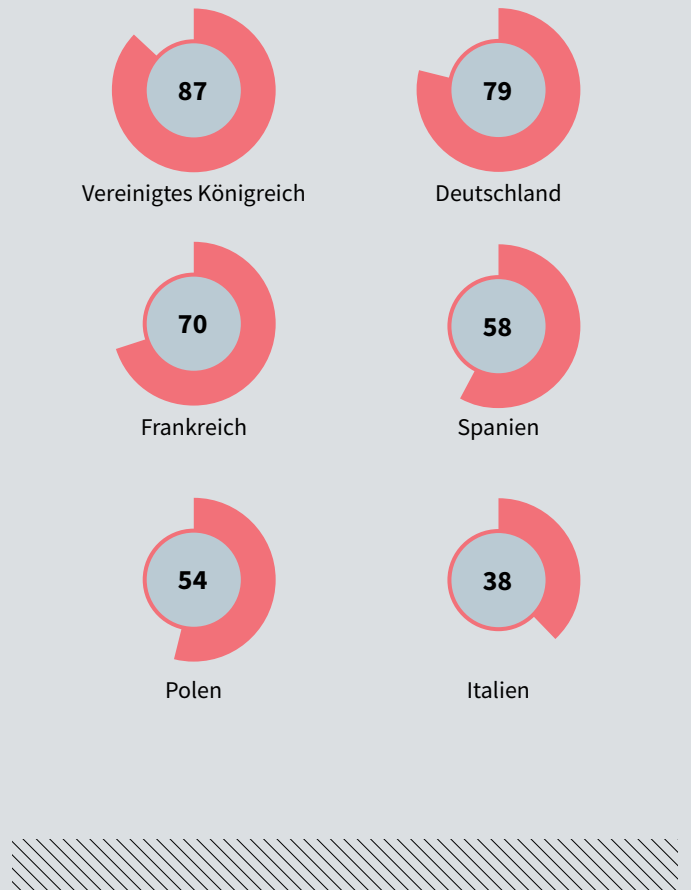
Wo am meisten gekauft wird

So viel Umsatz erzielten die Online-Shops 2018 in Millionen Euro



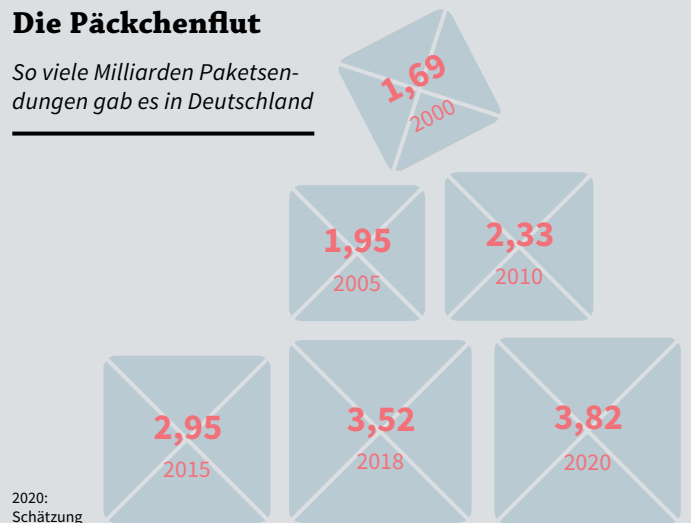
Online-Shopping bei den Briten am beliebtesten

So viel Prozent der Einwohner kauften 2019 nach eigenen Angaben mindestens einmal im Internet ein



Die Päckchenflut

So viele Milliarden Paketsendungen gab es in Deutschland



Früh streamt sich

Mediennutzung. Auch Kinder sind mittlerweile im Internet unterwegs, immer mehr haben zudem ein eigenes Smartphone. Dadurch verändert sich auch ihre Mediennutzung: Das klassische Fernsehen verliert an Relevanz, YouTube und Netflix werden immer populärer.

Das Smartphone gehört mittlerweile für viele Kinder zum Alltag. Mehr als jedes zweite Kind im Alter von sechs Jahren nutzt laut einer repräsentativen Umfrage von Bitkom, dem Branchenverband der deutschen Informations- und Telekommunikationsbranche, zumindest ab und zu ein iPhone oder Ähnliches – vor fünf Jahren war es erst jedes fünfte. Spätestens ab einem Alter von zwölf Jahren ist das Smartphone für fast jedes Kind ein ständiger Begleiter: 95 Prozent besitzen dann bereits ein eigenes Gerät.

Das Spektrum der von Kindern genutzten Plattformen, auf denen sie sich Bewegtbildinhalte wie TV-Sendungen oder Videos anschauen, erweitert sich dementsprechend. Zwar setzten sich im Jahr 2019 noch etwa 70 Prozent der 6- bis 13-Jährigen täglich vor den Fernseher, das waren aber bereits rund 10 Prozentpunkte weniger als im Jahr zuvor.

Gleichzeitig sieht sich diese Altersgruppe immer mehr Inhalte über soziale Medien, Streaming-Anbieter wie Netflix oder die Videoplattform YouTube an: Acht von zehn Kindern in diesem Alter schauen mindestens einmal im Monat etwas im Internet. Insbesondere YouTube hat sich mittlerweile fest in ihrem Alltag etabliert (Grafik):

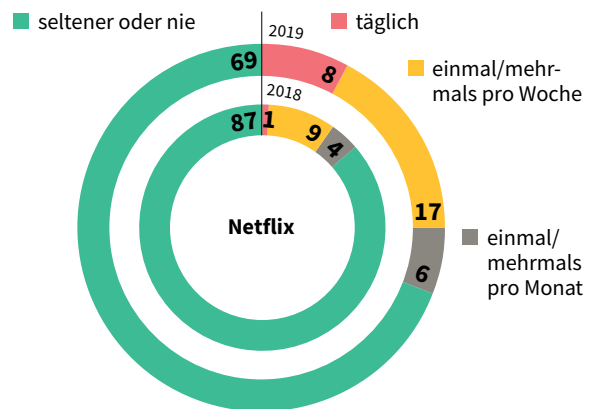
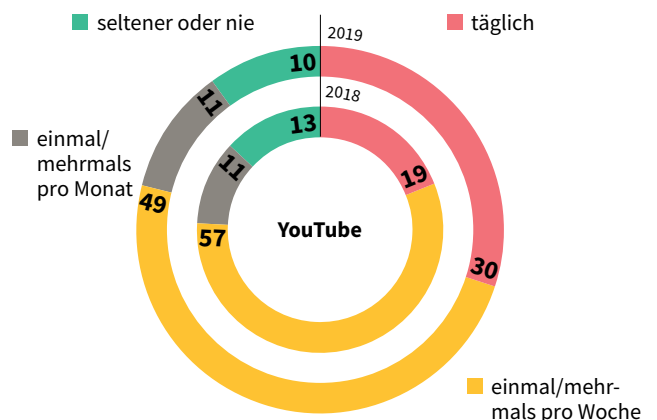
Rund ein Drittel der Kinder, die auf Online-Plattformen unterwegs sind, ruft auf YouTube täglich Videos ab, knapp 80 Prozent mindestens einmal pro Woche.

Der Anteil der Kinder, die wöchentlich Netflix nutzen, hat sich binnen eines Jahres mehr als verdoppelt.

Die zunehmende Verschiebung weg vom klassischen Fernsehen hin zu Online-Angeboten zeigt sich auch daran, dass bei den TV-Genres tendenziell Filme, Serien und Sport am meisten Zuschauer verlieren. Solche

Immer mehr Kinder streamen

So viel Prozent der 6- bis 13-Jährigen in Deutschland, die online unterwegs sind, schauen sich Inhalte auf YouTube und Netflix so oft an



Quelle: iconkids & youth international research © 2020 IW Medien / iwd

iwd

Inhalte sind Kernangebote von Streaming-Diensten und teilweise auch auf YouTube abrufbar.

Aber auch als Informationsquelle wird YouTube vermehrt genutzt: Rund ein Drittel der 6- bis 13-Jährigen schaut sich dort Nachrichtenvideos an, bei den 12- und 13-Jährigen ist es sogar mehr als die Hälfte – Tendenz steigend.

Berlin toppt alle

Öffentlicher Dienst. *Kaputtgespart, heruntergewirtschaftet, verschlissen – so lauten die gängigen Urteile über den öffentlichen Dienst. Doch die Schlussfolgerung stimmt so nicht, denn in den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Arbeitnehmer von Bundesländern und Kommunen deutlich gestiegen.*

Rund 4,8 Millionen Beschäftigte arbeiten bei Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen im öffentlichen Dienst – davon 1,7 Millionen Beamte und rund 3 Millionen Angestellte. In den vergangenen zehn Jahren hat die Beschäftigung kräftig zugenommen: Seit 2008 kamen bundesweit rund 300.000 Bedienstete hinzu – per saldo ausschließlich Angestellte.

Während die Beschäftigung beim Bund rückläufig war und bei den Sozialversicherungen stagnierte, stieg sie in den Ländern mit 8 Prozent und in den Kommunen mit 16 Prozent kräftig an.

Vor allem in Bayern, Hamburg, Berlin, Schleswig-Holstein und Niedersachsen stieg die Zahl der öffentlich Beschäftigten von Land und Kommunen innerhalb von zehn Jahren deutlich.

In Bayern und Schleswig-Holstein wuchs die Beschäftigung im öffentlichen Dienst der Kommunen um mehr als 20 Prozent. Das war zwar in Rheinland-Pfalz auch der Fall, aber hier begnügte sich die Landesebene mit einem unterdurchschnittlichen Zuwachs. Ein vergleichsweise kleines Personalplus verzeichneten die neuen Bundesländer. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-An-

halt ging der Personalbestand sogar zurück.

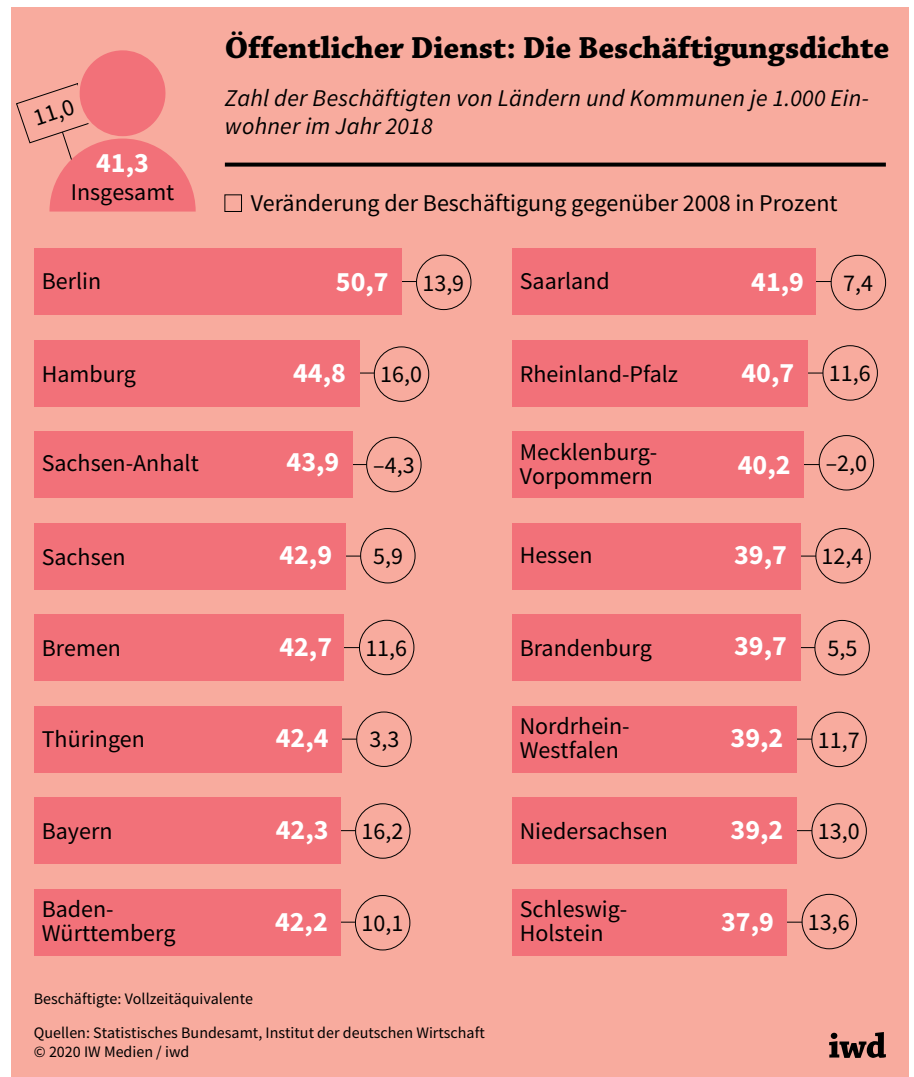
Setzt man die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Relation zu den Einwohnern des jeweiligen Bundeslands, ergeben sich deutliche Unterschiede (Grafik):

Den weitaus größten Apparat leistet sich die Hauptstadt – hier kommen auf 1.000 Einwohner annähernd 51 Arbeitnehmer, die für die Stadt Berlin tätig sind.

Allerdings wuchs auch die Bevölkerung Berlins zuletzt relativ stark. Das größte Plus in der einwoh-

nerbezogenen Personalausstattung hatten die westdeutschen Flächenländer mit Ausnahme von Hessen und Baden-Württemberg.

Stadtstaaten erbringen öffentliche Leistungen auch für die Einwohner der umliegenden Flächenländer. Dass Berlin dennoch einen größeren öffentlichen Dienst unterhält als das vergleichbare Hamburg, hat im Wesentlichen drei Ursachen: In Berlin arbeiten mehr öffentlich Bedienstete im Verkehrssektor, im Sozialwesen sowie im Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung.



Deutsche Lohnstückkosten steigen besonders schnell

Wettbewerbsfähigkeit. Die deutschen Industriebetriebe produzieren meist teurer als die ausländische Konkurrenz, wie ein Vergleich der Lohnstückkosten in 28 Ländern für das Jahr 2018 zeigt. Daran dürfte sich auch 2019 wenig ändern, denn die Lohnstückkosten sind im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland zuletzt besonders stark gestiegen.

Die Lohnstückkosten geben an, wie hoch die Arbeitskosten je Wertschöpfungseinheit sind. Im internationalen Vergleich produziert das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland vergleichsweise teuer (Grafik):

Im Jahr 2018 nahm Deutschland im Lohnstückkosten-Ranking, das 28 wichtige Industrieländer unter die Lupe nimmt, den sechsten Platz ein.

Vor allem die außereuropäische Konkurrenz fertigt deutlich weniger arbeitskostenintensiv. Die USA konkurrieren im internationalen Wettbewerb im Vergleich zu Deutschland mit Lohnstückkosten, die ein Fünftel niedriger sind. In Japan produzieren Industrieunternehmen sogar ein Viertel günstiger als in der Bundesrepublik.

Am höchsten sind die Lohnstückkosten in der Industrie Norwegens – sie übertreffen das deutsche Kosten-

niveau um 12 Prozent. Auch Kroatien, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Estland haben zwischen 3 und 7 Prozent höhere Lohnstückkosten als Deutschland.

Innerhalb der EU weisen 13 Länder gegenüber Deutschland einen Lohnstückkostenvorteil von mindestens einem Zehntel auf, darunter sieben Länder aus dem Euroraum. Im Schnitt der Euroländer – ohne Deutschland – fallen die Lohnstückkosten um 8 Prozentpunkte niedriger aus als in der Bundesrepublik.

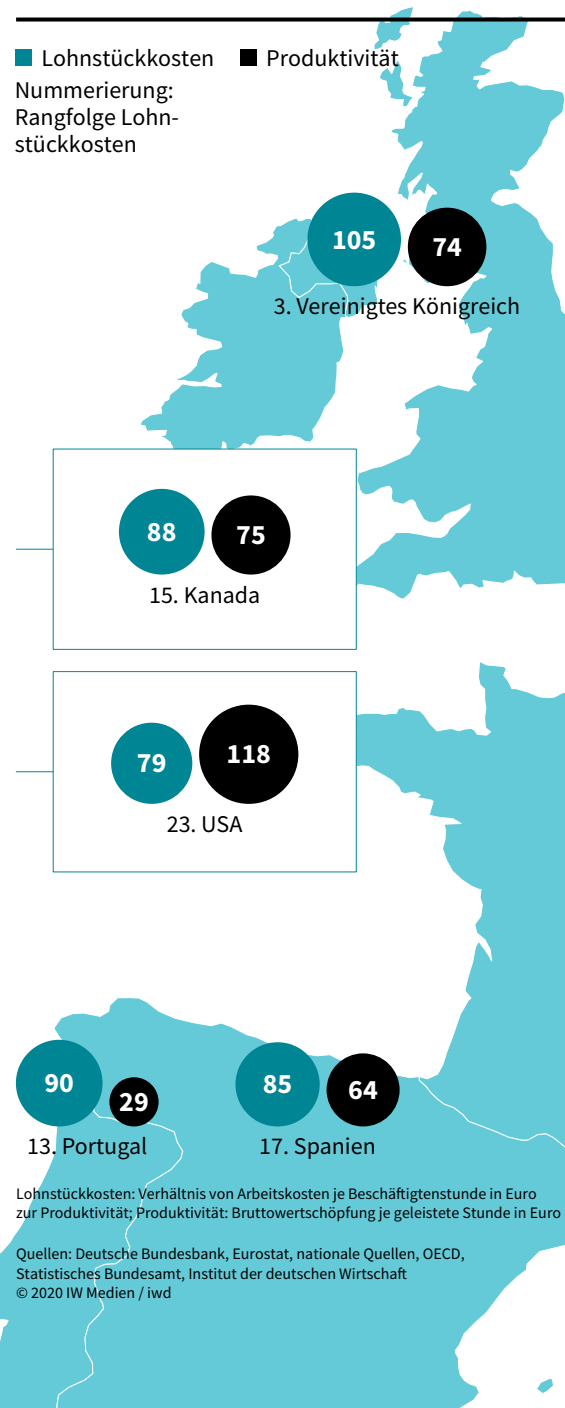
Auch die Arbeitsproduktivität ist ein wichtiges Maß für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Deutschland schneidet bei diesem Indikator gut ab: Unter 28 Ländern erreichte Deutschland 2018 Platz neun, höher war die Wertschöpfung je Arbeitsstunde nur in den skandinavischen Ländern, den USA, in Belgien, den Niederlanden und in Österreich. Die Produktivität der 27 Vergleichsländer blieb um 12 Prozent hinter derjenigen Deutschlands zurück, der Euroraum hatte sogar einen Rückstand von 15 Prozent. Trotzdem reichte das Produktivitätsniveau in Deutschland nicht aus, um den Nachteil der hohen Arbeitskosten auszugleichen.

Die deutsche Lohnstückkostenposition hat sich 2019 zudem weiter verschlechtert:

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamts sind die Lohnstückkosten im Verarbeiten-

Lohnstückkosten und Produktivität international

im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2018, Deutschland = 100



Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde in Euro zur Produktivität; Produktivität: Bruttowertschöpfung je geleistete Stunde in Euro

Quellen: Deutsche Bundesbank, Eurostat, nationale Quellen, OECD, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd

den Gewerbe in Deutschland im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr um 6,3 Prozent gestiegen – vor allem deshalb, weil die Produktivität je Arbeitsstunde sank.

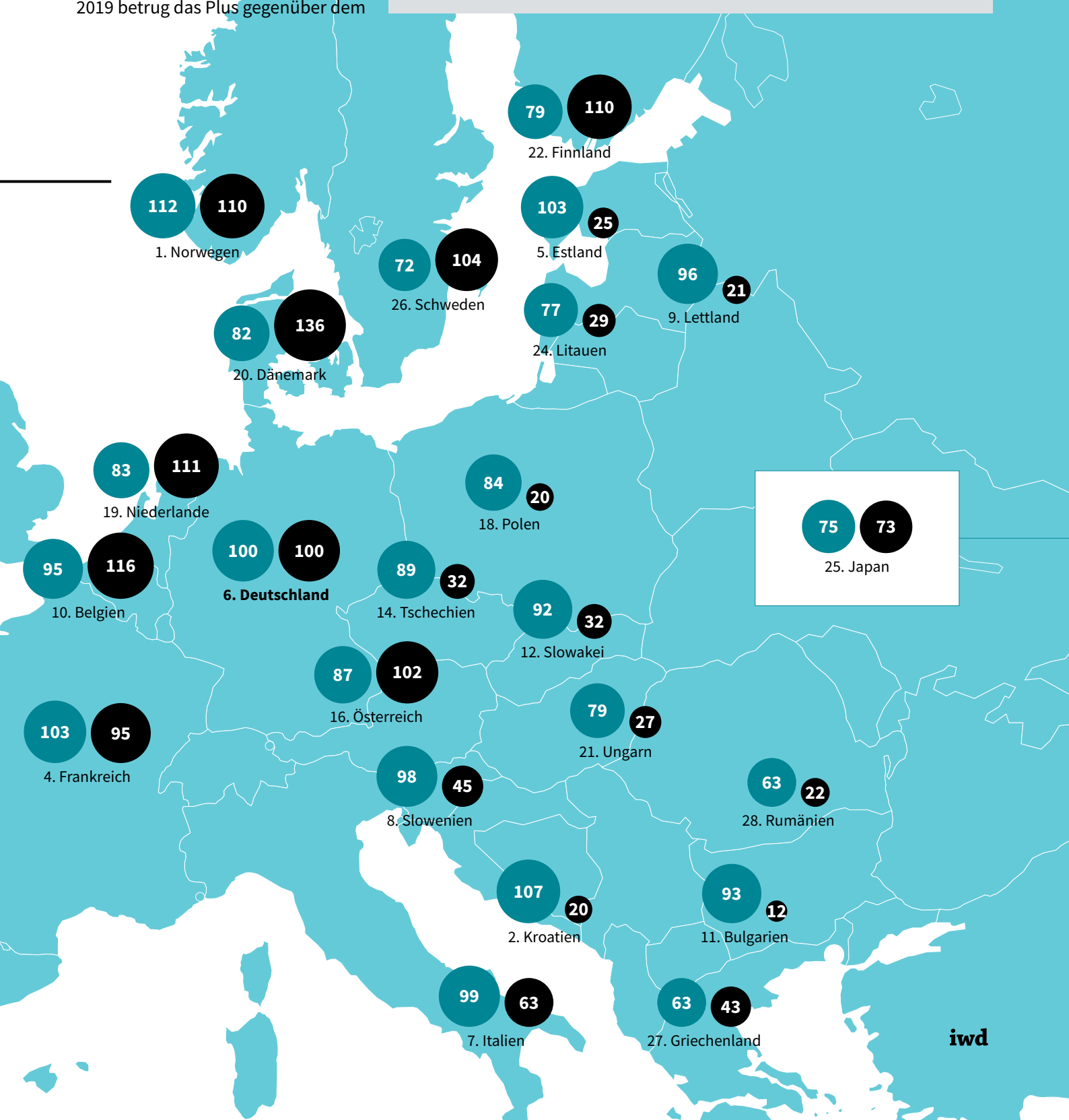
In den anderen Euroländern haben sich die Lohnstückkosten deutlich langsamer erhöht – in den ersten neun Monaten des Jahres 2019 betrug das Plus gegenüber dem

Vorjahreszeitraum lediglich 2,7 Prozent. Auch in den USA blieb der Anstieg der Lohnkosten in den ersten drei Quartalen mit 3,2 Prozent weit hinter dem deutschen Wert zurück.

Damit ist die deutsche Lohnstückkostenposition gegenüber dem übrigen Euroraum so schlecht wie zuletzt 2002.

Aus IW-Trends 1/2020

Christoph Schröder: Lohnstückkosten im internationalen Vergleich iwkoeln.de/lohnstueckkosten_2020



Geteiltes Land

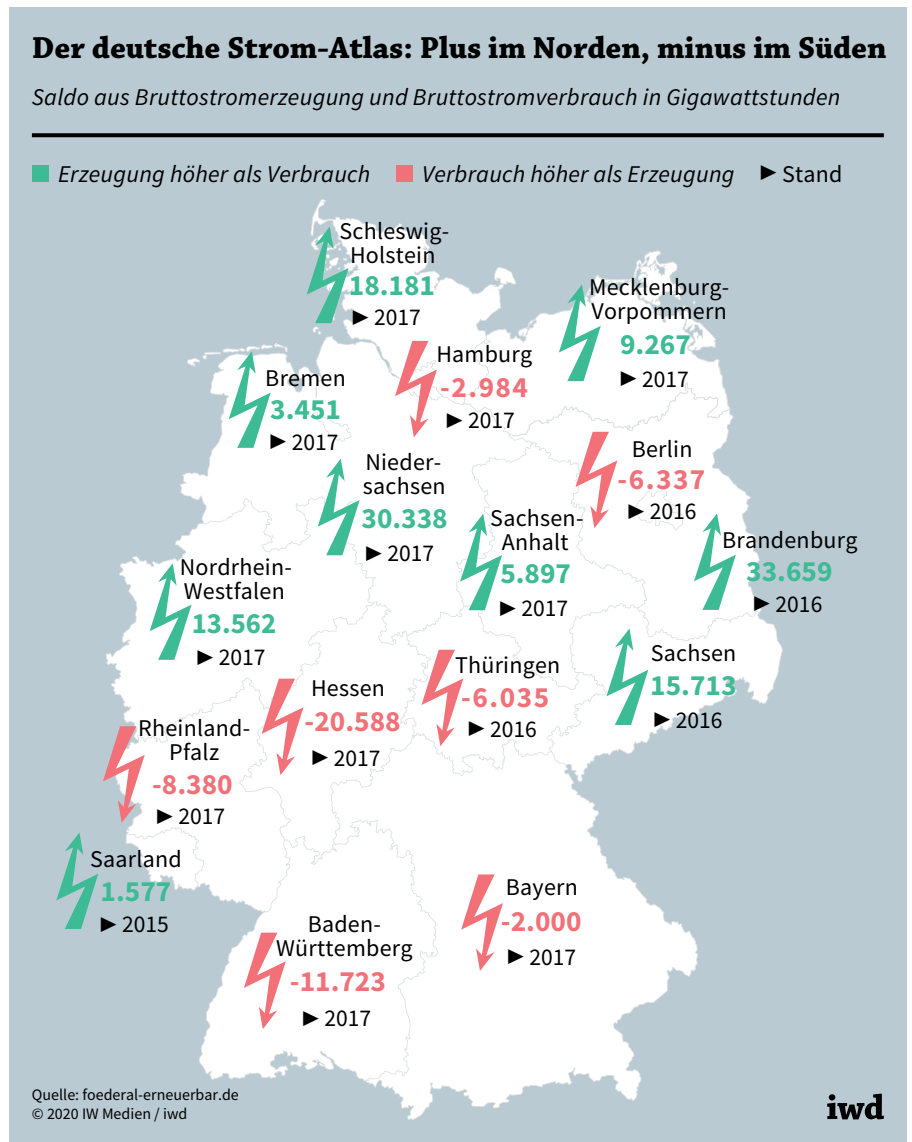
Energie. In Sachen Stromerzeugung und Stromverbrauch ist Deutschland nach wie vor ein geteiltes Land. Während zum Beispiel Brandenburg und Schleswig-Holstein teilweise mehr als das Doppelte ihres eigenen Bedarfs an Strom produzieren, sind Hessen und Thüringen auf Zulieferungen aus anderen Bundesländern angewiesen.

Lässt man Hamburg und Berlin sowie das Saarland außen vor, ist die deutsche Strom-Landkarte seit Jahren zweigeteilt: In den nördlichen Bundesländern wird deutlich mehr Strom erzeugt als verbraucht, im Süden ist es umgekehrt (Grafik):

Spitzenreiter Brandenburg hat 2016 rund 34.000 Gigawattstunden mehr Strom produziert als verbraucht – Schlusslicht Hessen musste 2017 fast 21.000 Gigawattstunden Strom zukaufen.

Die Daten für die einzelnen Bundesländer stammen zwar teils aus unterschiedlichen Jahren, dennoch lassen sich einige Besonderheiten beobachten:

Strom exportierende Bundesländer. Während sich die Strom-austauschsalden in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie – nach einem zwischenzeitlichen starken Anstieg – in Schleswig-Holstein seit 2014 kaum verändert haben, hat sich der Stromüberschuss in Niedersachsen binnen drei Jahren auf gut 30.000 Gigawattstunden verdoppelt. Grund dafür ist die höhere Stromerzeugung aus Windkraft – sie ist von 14.000 Gigawattstunden im Jahr 2014 auf annähernd



27.000 Gigawattstunden im Jahr 2017 gestiegen. Damit hat sich der Anteil der Windenergie an der Bruttostromerzeugung in Niedersachsen von rund 19 auf 31 Prozent erhöht.

Auch Nordrhein-Westfalen hatte 2017 mit fast 14.000 Gigawattstunden einen Stromüberschuss, allerdings war der im Jahr zuvor noch doppelt so hoch. Ursache dafür ist der starke Rückgang bei der Stromerzeugung aus Steinkohle. Um die Versorgung mit Strom aus den

windreichen Bundesländern sicherzustellen, ist NRW dringend auf einen Netzausbau angewiesen.

Strom importierende Bundesländer. In Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Hamburg ist der Nettoimport von Strom seit 2014 gesunken – in der Hansestadt sogar um zwei Drittel auf knapp 3.000 Gigawattstunden. Berlin dagegen musste 2016 fast 50 Prozent mehr Strom zukaufen als drei Jahre zuvor.

Die Web-Hauptstadt

Servicefreundlichkeit. *Wie es um die Qualität kommunaler Websites bestellt ist, hat die IW Consult in einer Studie untersucht. Berlin schneidet unter den 100 größten deutschen Städten am besten ab. Doch es sind nicht nur die Metropolen, die sich im Ranking weit vorn platzieren können. Verbesserungspotenzial gibt es gleichwohl überall.*

Den Bewohnerparkausweis ordern, das Freizeitprogramm durchforsten oder Wissenswertes zum Thema Bauen erfahren – kommunale Internetauftritte bieten in der Regel ein breites Angebot an Informationen und Services. Doch nicht immer stimmt die digitale Qualität.

Die IW Consult hat im Auftrag von Haus & Grund die Informations- und Serviceleistung der 100 größten deutschen Städte auf ihren jeweiligen Websites untersucht. Kriterien waren die Teilbereiche Wohnen, Bauen, Bürgerservice, Unternehmensservice, Mobilität, Familie und Freizeit sowie die mobile Darstellung der Seite. Insgesamt schnitt die Hauptstadt am besten ab (Grafik):

Berlin ist im Ranking der IW Consult die servicefreundlichste Stadt Deutschlands.

In vier der sechs Themenbereiche liegt die Hauptstadt auf den vorderen Rängen, bei Mobilität und Unternehmensservice sichert sie sich jeweils den Spitzenplatz.

Die Studie zeigt aber auch, dass die Qualität nicht zwingend mit der Größe der Stadt zusammenhängt. So finden sich unter den zehn servicefreundlichsten Kommunen neben drei Millionenstädten sowohl kleinere Großstädte wie Schwerin und Worms als auch größere wie Augsburg und Essen.

Am anderen Ende des Rankings ist das Bild dagegen recht eindeutig:

Von den zehn letztplatzierten Städten haben mit Ausnahme von Chemnitz alle weniger als 150.000 Einwohner.

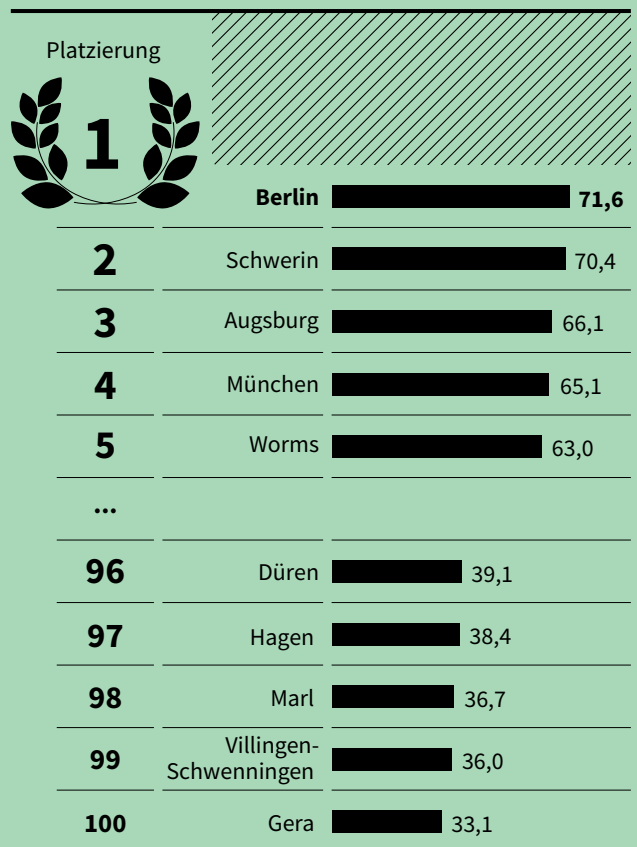
Optimierungspotenzial gibt es aber auf sämtlichen Websites. Die Forscher empfehlen unter anderem den Ausbau der digitalen Dienstleistungen, sodass die Zahl der Behördengänge reduziert werden kann. Zudem mahnen sie an, das Gestalterische nicht außer Acht zu lassen. Eine intuitive und klare Menüführung helfe den

Usern, schnell an ihr Ziel zu kommen, und erhöhe so die Akzeptanz.

Lob gibt es natürlich auch. So nutzen einige Kommunen sogenannte Schnellschalter, um biometrische Eigenschaften wie Fingerabdrücke und Unterschriften zu verarbeiten, andere bieten digital eine Voranmeldung für jene Bürger an, die ihren Wohnsitz ummelden möchten.

Online: Berlin ganz vorn

Servicefreundlichkeit der Internetauftritte der 100 größten Städte Deutschlands im Jahr 2019 auf einer Skala von 0 bis 100



Quelle: IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd



Gutachten

Vanessa R. Hünнемeyer, Hanno Kempermann: Servicefreundliche Stadt – Ranking der 100 größten Städte, Ergebnisbericht für Haus & Grund Deutschland
iwkoeln.de/servicefreundliche_stadt

Corona schließt die Tore

Messen. Die Ausbreitung des Coronavirus führt dazu, dass auch in Deutschland immer mehr Messerveranstaltungen ausfallen. Dies ist nicht nur für die beteiligten Unternehmen schmerzlich, auch die Messestandorte erleiden Verluste. Denn die Ausgaben der Messebesucher und -aussteller sind für die regionale Wirtschaft ein bedeutender Faktor.

Am 10. März sollte sie starten, doch nun wurde die Internationale Tourismusbörse (ITB) in Berlin wegen der drohenden Corona-Pandemie abgesagt. Auch die Internationale Handwerksmesse in München und die Leipziger Buchmesse fallen ersatzlos aus. Wie lang die Liste der Absagen noch wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar.

Damit droht das Coronavirus der Wirtschaft an den Messestandorten erheblichen Schaden zuzufügen. Generell sind Messen für die regionale Wirtschaft in Deutschland von großer Bedeutung, schließlich gibt es aufgrund der föderalen Struktur der Bundesrepublik allein 25 Standorte, an denen mindestens eine

Messe von nationalem oder internationalem Rang veranstaltet wird – von Husum im Norden bis Friedrichshafen im Süden.

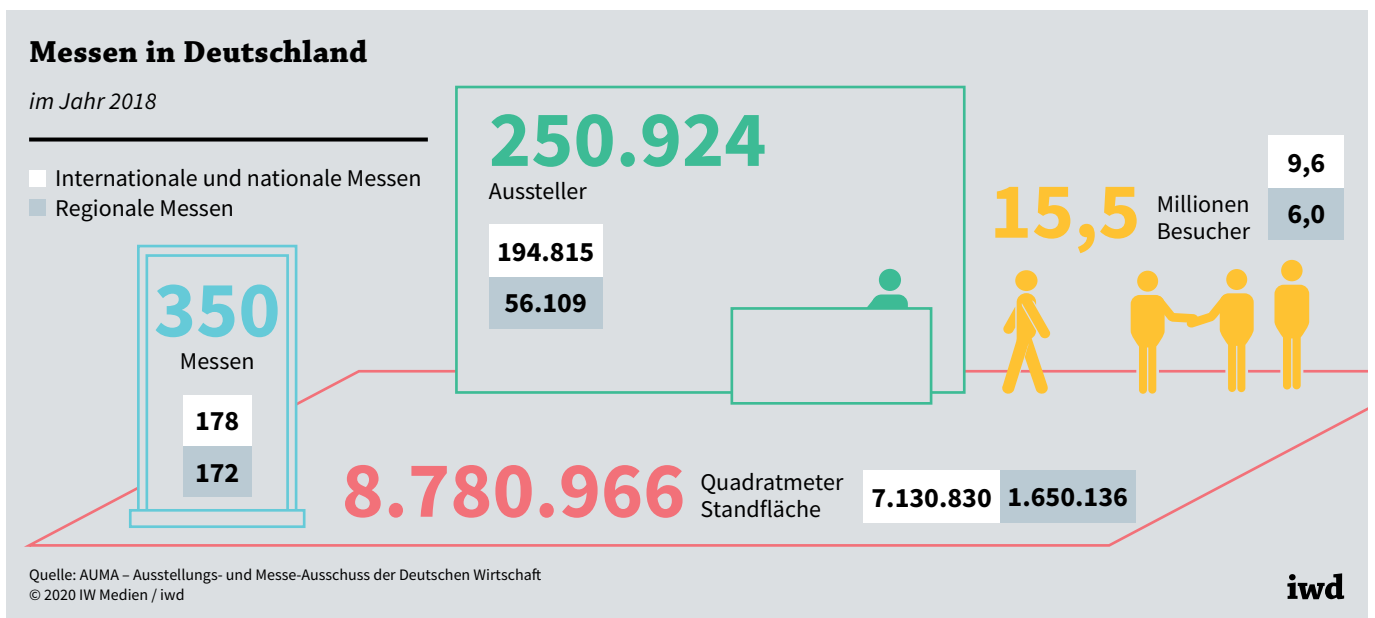
Weil Deutschland eine starke Exportnation ist, haben viele Veranstaltungen im Industriebereich weltweite Bedeutung für die jeweilige Branche – wie die Messe für Metallbearbeitungstechnologien (Metav) in Düsseldorf oder die Meorga, die Fachmesse für Produkte der Prozessleittechnik, Mess-, Regel- und Steuerungstechnik in Frankfurt.

Solche Branchenevents verlieren auch im Zeitalter der Digitalisierung nicht ihren Stellenwert – Unternehmen schätzen nach wie vor die Möglichkeit zum direkten Austausch

mit den Kunden und die Besucher profitieren davon, neue Produkte im Beisein kompetenter Ansprechpartner begutachten und testen zu können. Entsprechend groß ist die Zahl gut besuchter Messen (Grafik):

Im Jahr 2018 fanden in Deutschland 350 Messerveranstaltungen statt – mit mehr als 250.000 Ausstellern und gut 15,5 Millionen Besuchern.

Mit 178 Messen war mehr als die Hälfte der Branchentreffen auf ein nationales, oft sogar internationales Publikum ausgerichtet, die übrigen hatten eine eher regionale Ausstrahlung. Gut 118.000 Aussteller aus dem Ausland haben zuletzt ihr Angebot auf den internationalen Messen in



Deutschland präsentiert. Und immerhin 2,9 Millionen Besucher dieser Messen kamen aus anderen Ländern – davon reisten 62 Prozent aus den anderen EU-Staaten an, 16 Prozent aus europäischen Ländern außerhalb der EU und 11 Prozent aus Asien. Insgesamt entfielen auf die international und national ausgerichteten Messen in Deutschland zuletzt 78 Prozent aller Aussteller und 62 Prozent aller Besucher.

Fallen nun infolge des Coronavirus vermehrt Messen aus, dann sind davon nicht nur die ausstellenden Firmen sowie die Veranstalter selbst betroffen. Vielmehr zieht eine Messeabsage weitere Kreise. So verdienen zum Beispiel Hoteliers, Gastwirte, Taxifahrer und Messebauer viel Geld mit Messen beziehungsweise deren Besuchern (Grafik):

Insgesamt gaben die Messebesucher in Deutschland im Schnitt der Jahre 2014 bis 2017 rund 4,7 Milliarden Euro aus – davon gut drei Viertel direkt am jeweiligen Messestandort oder in der entsprechenden Region.

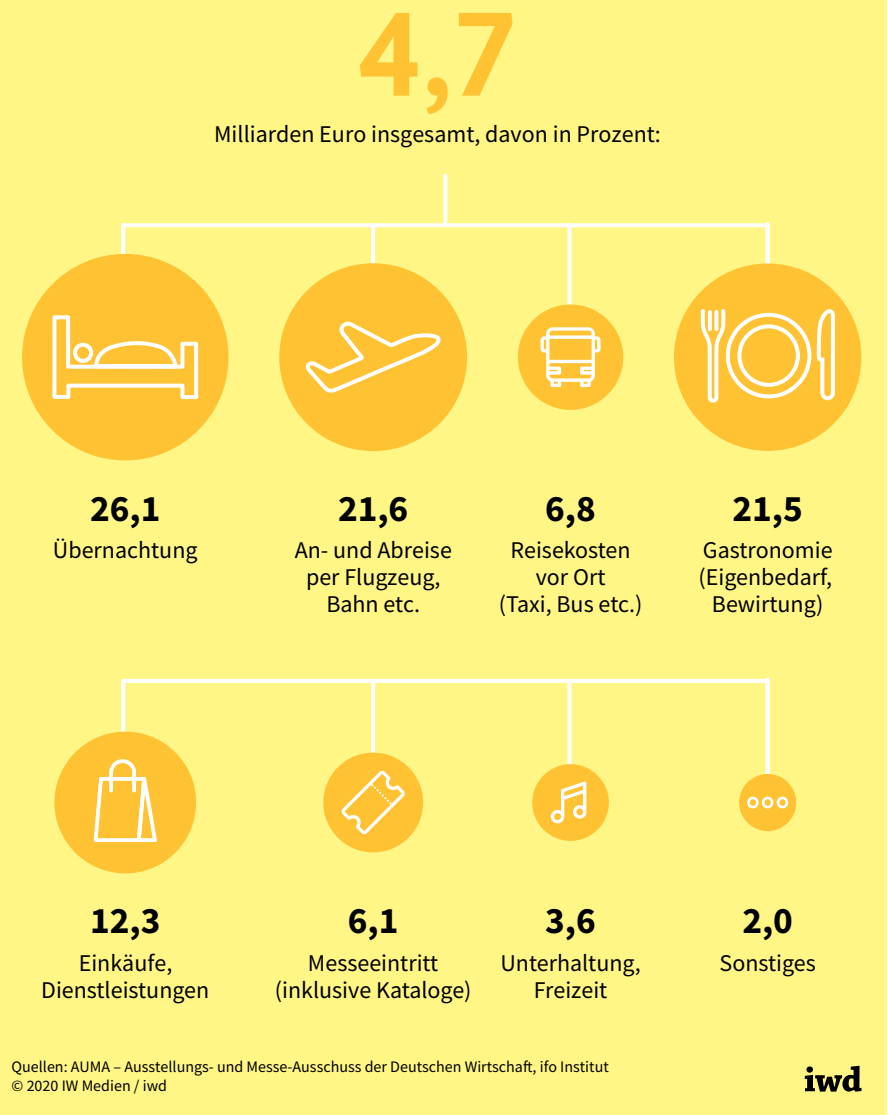
Allein gut 1,2 Milliarden Euro ließen die Besucher für Übernachtungen springen. Rund 1 Milliarde Euro gaben sie in der Gastronomie aus und für knapp 600.000 Euro kauften sie vor Ort ein oder nahmen Dienstleistungen in Anspruch.

Die Ausgaben der Aussteller beliefen sich im selben Zeitraum sogar auf knapp 9,6 Milliarden Euro, davon entfielen 2,9 Milliarden Euro auf den Bau von Messeständen und dazugehörige Dienstleistungen.

Die damit verbundenen Umsätze bei den Unternehmen am Messe-

Messebesucher sind wichtiger Wirtschaftsfaktor

Ausgaben der Messebesucher in Deutschland im Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2017



standort führen zu weiteren Einnahmen bei Vorleistern. Zudem geben die Angestellten der Hotels, Gaststätten und Baufirmen ihre Gehälter wiederum für unterschiedlichste Konsumzwecke aus. Deshalb spricht das ifo Institut von direkten und indirekten Produktionseffekten der

Messewirtschaft und beziffert diese im Schnitt der Jahre 2014 bis 2017 auf rund 28 Milliarden Euro. Damit gingen pro Jahr insgesamt gut 231.000 Arbeitsplätze einher, die sich den Münchener Wirtschaftsforschern zufolge direkt oder indirekt der Messebranche zuschreiben lassen.

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber · **Redaktionsassistent:** Anja Hüpper · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche



Prozent der deutschen Immobilienunternehmen achten beim Kauf einer Immobilie auf deren Energieeffizienz. Zu diesem Ergebnis kommt der IW-Immobilienstimmungsindex, für den jedes Quartal rund 600 Unternehmen der Immobilienwirtschaft nach ihrer konjunkturellen Lage befragt werden. In der zuletzt gestellten Sonderfrage gab kein einziges Unternehmen Energieeffizienz als „sehr wichtiges“ Entscheidungskriterium an, „eher wichtig“ immerhin 8 Prozent. Künftig dürfte die energetische Qualität von Gebäuden allerdings relevanter für Kaufentscheidungen werden: Auf die Frage „Wird das Thema Energieeffizienz in den nächsten zwölf Monaten wichtiger werden?“ antworteten rund 60 Prozent der Unternehmen mit „Ja“. Über die bauliche und anlagentechnische energetische Qualität eines Gebäudes informiert in Deutschland der Energieausweis. Er zeigt an, wie es um die Energieeffizienz des betreffenden Gebäudes im Vergleich zu anderen Gebäuden bestellt ist und welche Modernisierungen gegebenenfalls durchgeführt werden sollten. Der Energieausweis ist seit dem Jahr 2009 für alle Wohngebäude in Deutschland außer für Denkmalschutzgebäude Pflicht, seit Mai 2014 müssen Energieeffizienzstandards außerdem bereits in Immobilienanzeigen genannt werden.

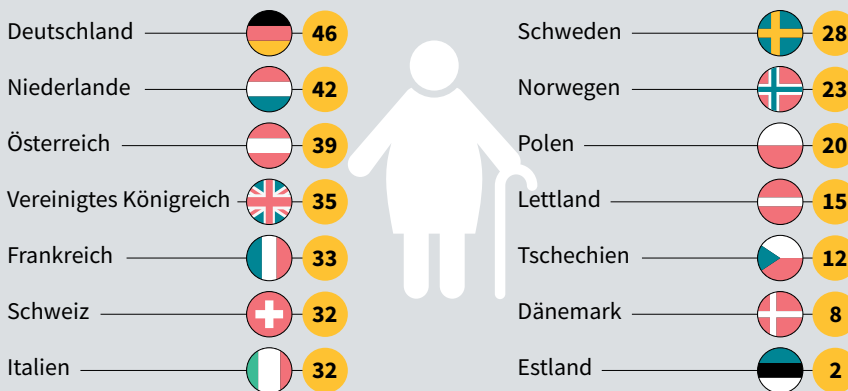
Top-Liste: Gender Pension Gap

Im Schnitt von 26 OECD-Ländern beträgt die Geschlechter-Rentenlücke 25 Prozent. Hierzulande erhalten Rentnerinnen im Schnitt Alterseinkommen, die 46 Prozent unter denen der männlichen Rentner liegen. Das hat mehrere Gründe: Zum einen schlägt sich die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen auch in den Rentenansprüchen nieder. Zum anderen haben viele Rentnerinnen in Deutschland nicht jahrzehntelang Vollzeit gearbeitet. In allen OECD-Ländern, in denen der Gender Pension Gap besonders groß ausfällt, gehen auch relativ viele Frauen einer Teilzeitbeschäftigung nach. In Deutschland arbeiteten im Jahr 2017 fast 40 Prozent der berufstätigen Frauen weniger als 30 Wochenstunden – deshalb dürften die zukünftigen Rentenansprüche von Frauen in der Bundesrepublik auch weiterhin deutlich unter denen der Männer liegen, sagt die OECD.

Mehr dazu auf iwd.de

Große Geschlechterdifferenzen

Um so viel Prozent ist das Alterseinkommen der Frauen im Durchschnitt niedriger als das der Männer



Stand: 2016; Alterseinkommen: durchschnittliche gesetzliche und private Renteneinkommen inklusive der Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten der über 65-Jährigen

Quelle: OECD